

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der Zeit Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
in der Provinz monatlich 1,00 M., in der Stadt 1,20 M. (Postgebühren eingeschlossen)  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,75 M., ander Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 5,-. Einreichung erfolgt mit Rücksicht auf Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Hauptstraße 21, A. Leipzig 1768.  
Erscheinung am Montag von 10 bis 1 Uhr.  
Expedition: Hauptstraße 21, Leipzig 1768.  
Telegraphische Adressen: 100 21 Leipzig.

Interate werden bei Spätposten mit 20 Pf. berechnet, bei demnächstiger  
Erscheinung wird Rabatt gewährt. Fernsendungen 20 Pf. Interate müssen  
bis spätestens 7,10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 19.

Dresden, Montag den 25. Januar 1909.

20. Jahrg.

## Block-Brüder.

Himmelfahrtstag — zum Tode betrübt — in den schärfsten  
Gegensätzen ist die Reichspolitik seit den „nationalen Wahlen“  
in der Block-Zeit dahin. Einen Tag ist alles heilig und wohl-  
bestellt, den nächsten ist alles im Nebel und Kriegerluft weht; dann  
wacht Bülow wieder Sonnenschein und dann ist's schnell wieder  
dunkel und kalt. Noch nie war eine Zeit im Deutschen Reich  
so voll Unsicherheiten und kritischen Zwischenfällen, als die wunder-  
volle Zeit der Blockpolitik, die ja ganz neue und herausragende  
Freiheitsseiten dem deutschen Volke bringen sollte.

Augenblicklich liegt der Hauptknotenpunkt bei der Finanz-  
reform, insbesondere bei der Nachlasssteuer. Unter den  
Konservativen herrscht schon seit den Kaiserdebatten im  
November ein gefühliges Durcheinander. Damals schon gab es  
einen Tag scharfe Worte gegen Bülow, um am andern Tage  
wieder einzulenken. Jetzt ist es wieder so. Die Konservativen  
schmähen wieder in mehreren tatsächlichen Möglichkeiten. Die einen  
sagen: Fort mit Bülow, wenn er den Grundbesitz besteuern will!  
Die andern hoffen noch Bülow einschüchtern zu können, daß er  
von der Nachlasssteuer absteht.

Aber nicht nur die Nachlasssteuer ist der Grund der Kon-  
servativen Unzufriedenheit, sondern die Blockpolitik überhaupt.  
Diese Blockpolitik ist eben den Konservativen nur so lange recht,  
als sie die Konservativen nicht das geringste kostet. Wenn aber  
die Regierung aus Rücksicht auf die bürgerlichen Blockparteien  
auch nur den Schein einer preussischen Wahlreform  
zulassen will, so ist es ganz aus mit der konservativen Block-  
freundschaft. Zu allem kommt natürlich fortwährend der Kampf  
um den Kaiser.

Die scharfen Äußerungen des Draufgängers v. Diden-  
burg aus der westpreussischen Junkerverammlung sind in der  
konservativen Presse wohl ein wenig abgemildert worden. Aber  
andereorts tritt die parteipolitische Kampfbildung, die in der  
Konservativen Antivölkerei scharfer anschlug, auf die Seite  
der radikalen Didenburg. Sie erklärt:

„In Nr. 58 des Tag findet sich unter der politischen Rundschau  
eine Mitteilung über die Stellungnahme der konservativen Partei als  
solche zu der radikalen Rede des Herrn v. Didenburg, welche den Ein-  
druck erweckt, als ob die Parteileitung mit den Hauptgedanken des  
Herrn v. Didenburg, insbesondere auch bezüglich der Nachlasssteuer, nicht  
einverstanden sei. Eine solche Auffassung liegt der  
konservativen Parteileitung fern.“

Aber auch die Kreuzzeitung ist recht erregt über  
Bülow, weil er von den Konservativen Rücksichtlosigkeit in der Nach-  
lasssteuerfrage geäußert habe, anstatt Mahnungen an die andere  
Blockseite, an den Freisinn, zu richten: Sie schreibt in ihrer letzten  
Blockerundschau:

„Wohin hätte es gelogen, dem Freisinn ins Gewissen zu  
reden. Er hat in die Reichsversammlung Abgeordnete geschickt, die  
ihnen Bedenken darin haben, den verhassten Maximen nicht nur Wider-  
stand zu leisten, sondern ihnen auch bei jeder Gelegenheit „ein auszu-  
sprechen“. Mit solchen Politikern werden die Konservativen auch beim besten  
Willen kein Kompromiß zustande bringen können. Der Reichstag  
sitzt ja, wie der Freisinn mit dem Zentrum das Gesamtdeutsches  
Parlament in der Kommission zu Halle bringen will und in allen wich-  
tigen politischen Fragen ohne Rücksicht auf das Zustandekommen der  
Finanzreform sein Parteiprogramm und seine Parteigrundsätze durch-  
zusetzen. Eine energische Mahnung an den Freisinn, sich  
nicht von Doktrinarismus leiten zu lassen, wäre also wohl an-  
gebracht gewesen. Statt dessen nur von den Konservativen  
Ordnung zu verlangen, ist zum mindesten nicht diplomatisch. Im  
äußeren Falle werden von den Konservativen  
175 bis 6 Stimmen für die Nachlasssteuer zu ge-  
winnen sein, und da im Zentrum auch nur 10 bis 15 Stimmen  
dafür eintraten, so kann die Nachlasssteuer tatsächlich als unüberwind-  
lich gelten. Deshalb ist von der Verdrückung des Justizrechts  
auszugehen, eines Gegenstandes, von dessen gefähr-  
lichen Zustand die Konservativen immer mehr überzeugt haben, und  
den sie in Fall bringen können, wie die Abstimmung in der Kommission  
zeigt. Solche solche Forderungen werden im Reichstag  
erhalten, so müssen die Konservativen sich zur Durchführung der  
Finanzreform nach einer anderen Bundesgenossenschaft umsehen.“

Man sieht: die Freundschaft zwischen den Blockbrüdern ist  
wieder einmal überaus innig! Bülow aber hat die Aufgabe,  
wieder einmal zwischen diesen guten Freunden zu vermitteln. Die  
Gefahr ist groß, daß er sich zwischen die Stühle setzt und auf  
die Erde purzelt. Bleibt er aber gefestigt es ihm auch nochmals,  
über diese Krise hinauszukommen. Was zur nächsten Krise?  
Wahrscheinlich ein erbaulicher Zustand des politischen Lebens!

## Bülow und der Kaiser.

Unsere Mitteilungen über die eigentlichen Beweggründe  
des letzten Abends des Reichstages im preussischen Abgeordneten-  
haus werden jetzt von verschiedenen bürgerlichen Blättern be-  
stimmt. So erklärt die Köln. Volksztg., es sei ein offenes Ge-  
ständnis, daß die Meinungsverschiedenheiten in der konservativen  
Fraktion in der letzten Zeit zuweilen einen krisenhaften  
Charakter angenommen hätten. Die Verständigung gegen den  
Kaiser Bülow könne zu Weiterungen aber nur unter der Vor-  
bedingung führen, daß die Konservativen noch die stärkere  
Fraktion in der Umgebung des Kaisers bilden für sich  
halten. In der Umgebung des Kaisers nämlich aber  
heute Vertraute Bülow's, deren mächtigster der  
Reichsminister v. Bülow ist, der oft Vermittler von  
Bülow'sen schwer durchzuführenden Wünschen

gewesen sei. Wirklich Einfluß sei es auch gelungen, die Er-  
regung des Kaisers über die Daily-Telegraph-Affäre zu beruhigen.  
Die Nationalzeitung meint dazu, daß die „Öffnungen“ der  
Köln. Volksztg. nichts Neues enthalten. Es ist also richtig,  
daß die Stellung des Reichstages heute nur noch auf seiner  
Freundschaft mit einem stark rampolierenden Hofmann beruht.

## Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin.

Eine Berliner Telegraphen-Agentur meldet vom Sonntag: Für den  
heutigen Sonntag hatte die sozialdemokratische Parteileitung eine  
Anzahl Versammlungen einberufen mit der gemeinsamen Tages-  
ordnung: Freies Wahlrecht oder Mandatstärkung und Ausnahme-  
gesetze. Referenten waren: Boock, Bernhard Stund, Eichhorn,  
Mannheim, Emmel-Wilhausen, Richard Fischer, Adolf Hoffmann,  
Hugo Reimann, Paul Dirsch, Lehmann-Wiesbaden, Ledebour, Pfann-  
sch, Robert Schmidt, Singer, Stadthagen, Strödel, Wels, Ziesch,  
Jubel. Die Redner nahmen zu dem Versuch, die sozial-  
demokratischen Abgeordneten aus dem Preussischen Landtage durch  
Einlegung von Wahlprotesten zu entfernen, Stellung und geteilten  
dieses Verfahren in schärfsten Worten. Die Versammlungen bezie-  
hentlich im allgemeinen ruhig. Von den Einberufern wurde zum  
Schluß die Versicherung abgegeben, daß, im Falle die Mandate der  
sozialdemokratischen Abgeordneten im Preussischen Landtage als  
ungültig erklärt werden sollten, die sozialdemokratische Partei  
mit aller Energie in die Wahllegislation eintreten werde, und daß sie  
nicht früher ruhen werde, bis das allgemeine, gleiche und direkte  
Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle Personen über  
21 Jahre ohne Rücksicht auf das Geschlecht durchgeführt ist.

Eine Meldung eines anderen Bureaus besagt noch: Die am  
Sonntag stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen, die sich an  
18 gleichzeitige, ruhig verlaufene Parteiveranstaltungen an-  
schlossen, nahmen einen großen Umfang an. Es nahmen daran  
etwa 5000 organisierte Sozialdemokraten teil, die  
truppelweise vom Norden und Osten nach dem Stadtinnern  
zogen und dabei Sprechtafel auf das allgemeine Wahlrecht aus-  
brachten. Am Hauptplatz sammelten sich 10000 Personen an.  
Aber Ausbreitungen ist näheres noch nicht bekannt. — Eine  
weitere Meldung besagt: Nach Beendigung zahlreicher sozialdemo-  
kratischer Versammlungen, wo Resolutionen betreffend das allgemeine  
Wahlrecht gefaßt wurden, vertrieben mehrere Krupps unter den  
Bänden zum Agl. Schloße vorzubringen. Die Polizei gestreute die  
Demonstranten. Nach einigen bedeutungslosen Zusammen-  
stößen gingen die Demonstranten unter Hochrufen auf das all-  
gemeine Wahlrecht auseinander. — Auch in den Vororten sind die  
Umzüge ohne ernste Zwischenfälle verlaufen.

## Ferner wird aus Berlin geschrieben:

Berlin fand am Sonntag unter dem Eindruck sozial-  
demokratischer Wahlrechtsdemonstrationen. Beide Strahlzüge  
der Parteiführer waren erfüllt von getragenen, das Wahlrechts-  
lied singenden, begeistert bewegten Menschenmassen. Selbst die  
geheiligte Prachtstraße unter den Linden konnte, trotz eines  
Wasserausgusses von Köchern und Weisigen, nicht ganz davon  
bewahrt werden, daß ihre Fensterläden nach den vorchristlich-  
wirdigen Rhythmen der Marciellie klinkten.

Die Stadt war in Quartiere geteilt, von denen jedes  
von allen anderen durch unüberwindliche Polizeistellen ab-  
getrennt war. Der Verkehr des Publikums, nicht bloß der  
Demonstranten, war dadurch dauernd gehemmt und zeitweilig  
völlig gelähmt. Wieviel Schäden durch Zeitverlust, Ausschließen  
von Gästen in Cafés und Gastwirtschaften usw. verursacht  
wurden — von den vielen verdorbenen Sonntagsergnissen  
ganz abgesehen — läßt sich nicht zählen. Berlin stand voll-  
ständig unter dem Terror, allerdings nicht der Arbeiter, son-  
dern — der Polizei.

Der eigentliche Beruf von Straßen, zumal von Straßen  
einer Weltstadt, besteht nicht darin, daß sie abgeleert werden.  
Und die normale Aufgabe der Polizei besteht darin, den Ver-  
kehr zu erleichtern und vor Störungen zu bewahren, nicht aber  
ihn durch Spitzmannschaften zu strangulieren. Solche Maß-  
nahmen läßt sich der friedliche Bürger zur Not einmal im  
Jahre gefallen, wenn er sich an Leib, Leben und Eigentum be-  
droht fühlt. Wenn er aber weiß, daß ihm von feinen der  
demonstrierenden Arbeiter nichts Böses droht, wenn er er-  
fährt, daß diese Leute nichts anderes wollen, als für ein gutes  
Recht mit friedlichen, wenn auch lebhaften und drastisch wirk-  
enden Mitteln eintreten, dann wird er rasch bemerken, daß der  
eigentliche Ruhe- und Verkehrstörer von Berlin nicht die Ar-  
beiterschaft, sondern die Polizei ist.

Der letzte Sonntag hat abermals gezeigt, daß der  
Polizei gegenüber demonstrierenden Arbeitern nur zwei Mög-  
lichkeiten offen bleiben: entweder sie läßt die Arbeiter  
demonstrieren, oder — sie demonstrieren selber für  
sie. Auf keinen Fall kann sie den Zweck der Werbung vereiteln,  
der darin besteht, die noch nicht zu politischem Bewußtsein er-  
reichten Teile der Bevölkerung kräftig aufzurütteln. Warum  
die Menschenmengen auf den Straßen? Wem gelten ihre  
Schreie? Was bedeuten ihre Reden? Was meinen und reiten  
die Schaulustige? Warum stoßen und treiben sie friedliche  
Menschen vor sich hin? Warum sperren sie Straßen und

Gassen mit bewaffneter Macht, als ob feindliche Erobererhorden  
in die Stadt gefallen wären? Das sind Fragen, die sich jetzt  
dem Gleichgültigsten, Teilnahmslosesten ganz von selber auf-  
drängen und ihn nicht in Ruhe lassen, bis er die Lösung ge-  
funden hat.

Die Polizei rechnet falsch. Sie vergißt, daß die Gesetze  
der Straßenstrategie wesentlich verschieden sind von den Ge-  
setzen politischer Logik. Für die politischen Gedanken, die von  
einer Straßen demonstration ausgelöst werden, gibt es keine  
verbotenen Straßen und keine Polizeipalastiere. Ob da oder  
dort gegangen wird, und ob es gelingt, sich an diesem oder  
jenem Punkte zu versammeln, ist verhältnismäßig gleich-  
gültig. Die Schaulustigen zwingen die Passanten, bestimmte  
Wege einzuschlagen, die Demonstranten zwingen  
das Denken der Bevölkerung in eine be-  
stimmte Richtung. Und so bleiben sie auf alle Fälle  
die Stärkeren.

## Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei.

Arbeitslosenfrage und Steuerpolitik.  
Von unserem Korrespondenten.

J. a. London, 22. Januar.

Die englische Arbeiterpartei hält ihre diesjährige  
Jahreskonferenz am 27. Januar in Portsmouth ab, und im  
Anschluß an dieselbe hat die Partei zwei Spezial-  
konferenzen nach Portsmouth einberufen; die eine  
dabei die Arbeitslosenfrage zum ausschließ-  
lichen Gegenstand, während die andere sich mit der Frage der  
Steuerpolitik befaßt wird. Die Arbeiterpartei hat  
mit Bezug auf beide Konferenzen ein erläuterndes Memo-  
randum zum Gebrauche der Delegierten abfassen lassen, in  
welchem der Zweck und die Bedeutung der Konferenzen ein-  
gehend dargelegt wird.

Bei der Spezialkonferenz über die Arbeitslosen-  
frage wird Genosse Keir Hardie den Vorsitz führen.  
Mit Bezug auf diese täglich brennender werdende Frage will  
die organisierte Arbeiterschaft Englands erstens ihre Forde-  
rung ausstellen, daß der Staat das Problem der Arbeits-  
losigkeit ernstlich in die Hand nehmen müsse, und weiter will  
sie abermals erklären, daß sie an der Arbeitslo-  
siorlage der Arbeiterpartei, welche in der ver-  
gangenen Session vom Unterhause in zweiter Lesung abgelehnt  
wurde, festhält.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Nachwahlen der  
jüngsten Vergangenheit, bei welchen die konservativen Schut-  
zöllner gegenüber den Kandidaten der Regierungspartei den  
Sieg davontrugen, betont das Memorandum nachdrücklich,  
daß die Versprechungen der Schutzzöllner, sie  
würden die Arbeitslosenfrage lösen, illusorisch und lächerlich  
sind. Die Freile und Interessen, welche die Schutzollagitation  
finanzieren, sind die alten Feinde der Arbeiterschaft — die  
Grundbesitzer, welche eine höhere Bodenrente vom Volke er-  
pressen wollen, und die Kapitalisten, welche eine größere  
Macht über die Gewerkschaften gewinnen wollen. Aber auch  
sonst liefert die erdrückende Zunahme der Arbeitslosigkeit in  
Deutschland, den Vereinigten Staaten und anderen schut-  
zöllnerischen Staaten einen unwiderlegbaren Beweis dafür,  
daß keinerlei Verringerung der englischen Zollpolitik diejenige  
nächstbesten der sozialen Uebel ein Ende bereiten kann.

Bei der vorjährigen Spezialkonferenz in Hull hatte die  
Arbeiterpartei festgestellt, daß die beispiellose kapitalistische  
Expansion und der wirtschaftliche Aufschwung des Jahres  
1907 je einem Arbeiter eine Einkommenserhöhung von durch-  
schnittlich nicht ganz 30 M. im Jahre gebracht hat. Seitdem  
haben neuere Statistiken ergeben, daß seit dem Eintritte der  
wirtschaftlichen Krise und bis zum Monat November 1908  
120 000 Arbeiter sich eine Lohnreduzierung  
von 1,50 bis 2 M. haben gefallen lassen müssen.  
Das Einkommen der besitzenden Klassen ist dagegen seit dem  
Jahre 1901 um 147 Millionen Pfund Sterling oder bei-  
nahe 3 Milliarden Mark gestiegen. In den  
selben sieben Jahren ist die Gesamtsumme der Arbeiterlöhne  
nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar erheblich  
zurückgegangen. Das ist ein Beweis dafür, daß der  
Fortschritt der Produktion und die Er-  
höhung ihrer Ergiebigkeit ausschließlich  
den besitzenden Klassen zugute kommt, und  
daß sich die Lage der Arbeiterschaft nicht  
bloß relativ, sondern auch absolut ver-  
schlechtert.

Auf diese fundamentale Tatsache gründet die Arbeiter-  
partei ihre Forderungen in der Arbeitslosenfrage. Die For-  
lage der Arbeiterpartei besteht aus zwei Hauptteilen. Erstens  
legt sie den Behörden die Verpflichtung auf, den Arbeits-  
losen entweder Arbeit oder Lebensunterhalt zu verschaffen,  
und zweitens sieht sie die Pflicht vor, welche den Be-  
hörden ermöglicht wird, dieser Verpflichtung genügt zu tun.  
Zu diesem Zwecke muß der Staat mit den lokalen Ver-  
waltungskörpern zusammenwirken. Die Arbeitslosen  
müssen in produktiver Arbeit beschäftigt werden, was den  
heimischen Markt erweitert und so die Arbeitslosigkeit auch  
mittelbar einschränken wird. Die Denkschrift erkennt, daß